

NIEDERSCHRIFT

über die **45.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **07.11.2018**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:50 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
3. Herr Bertram Graf von Nesselrode
4. Herr Wolfgang Wappenschmidt
5. Herr Dieter Welsink
6. Herr Johann-Andreas Werhahn
7. Frau Birte Wienands
8. Herr Dr. Christian Will Vertretung für Herrn Dr. Ammermann

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

13. Herr Erhard Demmer

14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **FDP-Fraktion**

15. Herr Dirk Rosellen

- **Die Linke**

16. Frau Kirsten Eickler

Vertretung für Herrn Schulz

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

18. Frau Janine Conrads

19. Herr Dezernent Ingolf Graul

20. Herr Elmar Hennecke

21. Herr Benjamin Josephs

22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes

23. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

24. Herr Dezernent Harald Vieten

- **Schriftführerin**

25. Frau Annika Geppert

Frau Janine Conrads

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	4
2.1.	Finanzausschuss am 12.09.2018	4
2.2.	Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 24.09.2018	5
2.3.	Schulausschuss am 04.10.2018	5
2.4.	Jugendhilfeausschuss am 09.10.2018	5
2.5.	Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss am 10.10.2018	6
2.6.	Kulturausschuss am 11.10.2018	7
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	7
3.1.	Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn am 06.09.2018	7
3.2.	Sportausschuss am 17.09.2018	8
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum: September/Oktober 2018 Vorlage: 61/2939/XVI/2018.....	8
4.1.	Tischvorlage: Ergänzungsantrag der SPD Kreistagsfraktion vom 05.11.2018 zum TOP 4	9
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum: September/Oktober 2018 Vorlage: 61/2938/XVI/2018	12
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Oktober/November 2018) Vorlage: ZS5/2943/XVI/2018	13
7.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2935/XVI/2018	13
8.	Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: 50/2947/XVI/2018	14
9.	Anträge.....	14
10.	Mitteilungen	14
10.1.	Anfrage der SPD Kreistagsfraktion vom 17.09.2018 zum Thema "S-Bahnlinie S11" - Antwortschreiben der Deutschen Bahn Vorlage: 61/2940/XVI/2018.....	14
11.	Anfragen	14

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

ZU TOP 4 „Bericht zur Braunkohleplanung und Energiewirtschaft“	4.1 Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.11.2018 <input checked="" type="checkbox"/>
Zu TOP 6 „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung“	Aktuelle Arbeitsmarktzahlen Oktober/November 2018 Vorlage der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/>

Die mit versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch fragte, ob es bei Mandatos möglich sei unter den Tagesordnungspunkten ohne Anlagen ebenfalls Platz für Notizen einzuräumen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke sicherte eine Prüfung durch die Verwaltung zu.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Finanzausschuss am 12.09.2018

Protokoll:

Kreiskämmerer Ingolf Graul berichtete, dass der Haushaltsentwurf in den Kreistag am 19.12.2018 eingebracht werde. Die gesetzesmäßige Beteiligung der Bürgermeister habe am 05.11.2018 bereits stattgefunden. Auf der Grundlage der jetzigen Erkenntnisse ergebe sich für das Jahr 2019 ein Hebesatz von 34,64 v.H. und für das Jahr 2020 ein Hebesatz von 35,80 v.H.. Im Vergleich zum Hebesatz für das Jahr 2018 würde dies in 2019 eine Senkung von 2,86 Prozentpunkten und in 2020 von 1,7 Prozentpunkten ausmachen. Der Bruttoumlagebetrag sinke in 2019 um rd. 47 Mio. € und in 2020 um rd. 29 Mio. €.

Bezüglich der Haushaltsplanung ergebe sich eine Unsicherheit, so Kreiskämmerer Ingolf Graul weiter, da die Bundesregierung in der Sitzung vom 10.10.2018 beschlossen habe, die Bundeserstattung für Kosten der Unterkunft in 2019 um 6,9 v.H. zu senken. Im Falle eines Bundestagsbeschlusses führe dies zu einer Steigerung des Umlagesatzes von 0,7 v.H. für die Jahre 2019 und 2020.

KA/20181107/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 12.09.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 24.09.2018

KA/20181107/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz vom 24.09.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Schulausschuss am 04.10.2018

KA/20181107/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schulausschusses vom 04.10.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Jugendhilfeausschuss am 09.10.2018

KA/20181107/Ö2.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 09.10.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.5. Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss am 10.10.2018

Protokoll:

Kreisdezernent Tillmann Lonnes berichtete, dass ein neuer Entwurf zur Änderung der Beförderungsentgelte im Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Rhein-Kreis Neuss für den Kreistag am 19.12.2018 vorgelegt werde. Gegenüber den besprochenen Anpassungen solle eine Senkung der Gebühren erfolgen. Insgesamt bleibe es jedoch bei einer Erhöhung um etwa 10%. Der Entwurf ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Kreisdezernent Karsten Mankowsky berichtete, dass am 06.11.2018 ein Gesprächstermin zur Anschlussstelle Delrath mit den Beteiligten des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums, der Bezirksregierung, der Stadt Dormagen und dem Tiefbauamt des Rhein-Kreises Neuss stattgefunden habe. Er habe vortragen können, dass der Rhein-Kreis Neuss bereits im Mai 2018 seinen Zuwendungsantrag bei der Bezirksregierung gestellt habe. Zudem habe im September die frühzeitige Bürgerbeteiligung im Kreissitzungssaal stattgefunden. Bei diesem Termin seien besonders die Interessen der Bürger in die weiteren Überlegungen aufgenommen worden.

Ein wiederkehrendes Thema sei der Störfallbetrieb beim GHC. Das erforderliche TÜV Gutachten sei im Jahr 2013 erstellt worden. Diese Gutachten musste revidiert werden, um aufgrund der vergangenen Zeit und den zwischenzeitlichen Änderungen Rechtssicherheit zu erlangen. Zudem mussten aufgrund eines Artenschutzgutachtens die Zauneidechsen umgesiedelt werden und Ausgleichsflächen geschaffen werden. Die entstehenden Nachteile durch die Anschlussstelle, wie die Nähe zum Störfallbetrieb, müssten gegen das Wohl der Allgemeinheit, welches hauptsächlich die Entlastung des Verkehrsaufkommens umfasst, abgewogen werden. Ende November werde der Rhein-Kreis Neuss alle erforderlichen Gutachten bei der Bezirksregierung vorlegen. Zusätzlich werde ein weiteres Gutachten vorgelegt werden, welches sich mit den positiven Umweltauswirkungen befasse. Diskussionsbedarf bestehe aufgrund des sechsspurigen Ausbaus noch hinsichtlich der Entwässerungsplanung. Hierzu werde noch diese Woche ein Gesprächstermin stattfinden. Weiterhin müsse der bereits genehmigte Antrag aus 2006 beim Bund für den Bau der Anschlussstelle Delrath aufgrund der fortgeschrittenen Zeit erneut beim Bund eingeholt werden. Der Kreis müsse nach einem Erörterungstermin eine Synopse über die Ergebnisse erstellen. Zudem müsse der Kreis darin Stellung zu den Bedenken der Träger öffentlicher Belange und gegebenenfalls auch der Bürger nehmen. Die Stadt Dormagen habe an dieser Stelle Unterstützung angeboten.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel sagte, dass die Notwendigkeit der Anschlussstelle bereits seit zwölf Jahren bekannt sei. Es habe eine große Zeitverzögerung durch den übersehenen Gefahrenbereich eines Betriebes gegeben. Der Kreis habe jahrelang erklärt, dass bereits alle Gutachten vom Kreis vorgelegt worden seien. Deswegen sei es zu begrüßen, dass der Kreis ans arbeiten gekommen sei und Ende November endlich alle erforderlichen Gutachten vorlege. Er berichtete, dass bei der Anhörung für die Bürger aus Dormagen, die in Grevenbroich stattgefunden habe, die Anregung gegeben wurde, dass die Ausgleichsflächen möglichst in der Ortslage Delrath geschaffen werden sollten. Ein weiterer Wunsch sei gewesen, dass die westliche Zu- und Abfahrt möglichst nah an der Autobahn sein solle, damit die Landschaft möglichst wenig geteilt

werde. Er fragte, ob diese Überlegungen in den weiteren Vorhaben berücksichtigt worden seien.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies drauf hin, dass die Bürgerbeteiligung in Grevenbroich stattgefunden habe, da sie für alle interessierte und betroffene Bürger vorgesehen war und nicht ausschließlich für die Dormagener. Weiter müssten die Flächen für das weitere Vorgehen zunächst erworben werden, um die Anregungen und Wünsche der Bürger zu berücksichtigen. Er wies ausdrücklich den Vorwurf zurück, dass der Kreis nicht konstant an dem Thema gearbeitet habe. Es hätten alle Gutachten vorgelegen und lediglich durch die fortgeschrittene Zeit mussten die Gutachten wieder überarbeitet werden. Das hätte bei zügiger Bearbeitung durch die Bezirksregierung vermieden werden können.

KA/20181107/Ö2.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses vom 10.10.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.6. Kulturausschuss am 11.10.2018

KA/20181107/Ö2.6

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Kulturausschusses vom 11.10.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn am 06.09.2018

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass der bisherige Landrat Jaroszek des Partnerkreises Mikolów in Polen nicht wiedergewählt werden könne, da er bei den stattgefundenen Kommunalwahlen nicht in den Kreistag gewählt worden sei. Sobald bekannt gegeben wurde, wer als neuer Landrat vom Kreistag gewählt worden sei, werde entsprechend informiert.

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer merkte an, dass bei einer Informationsreise nach Polen im September mit Landrat Jaroszek besprochen worden sei, im September 2019 das 25-jährige Jubiläum zu feiern und möglicherweise einen Arbeitsbesuch anzuschließen. Einzelheiten sollten nach der Kommunalwahl geklärt werden. Er bitte die Verwaltung, unabhängig von der Kommunalwahl, das Vorhaben weiter zu verfolgen und den Kontakt zu halten.

KA/20181107/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn am 06.09.2018 zur Kenntnis.

3.2. Sportausschuss am 17.09.2018

KA/20181107/Ö3.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Sportausschusses am 17.09.2018 zur Kenntnis.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum: September/Oktober 2018 Vorlage: 61/2939/XVI/2018

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass der Monitoringbericht 2017 der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamtes auf der Seite der Bundesnetzagentur

(unter folgendem Link: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Bundesnetzagentur/Publikationen/Berichte/2017/Monitoringbericht_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=4). abrufbar sei.

Zudem stehe der Zwischenbericht zu möglichen Maßnahmen zur sozialen und strukturellen Entwicklung der Braunkohleregionen auf der Seite der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (unter folgendem Link: https://www.kommission-wsb.de/WSB/Redaktion/DE/Downloads/zwischenbericht-strukturentwicklung-der-kommission-wsb.pdf?__blob=publicationFile&v=3) zur Verfügung.

Die Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan enthalten sind, sollten bevorzugt in der Region umgesetzt werden, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke weiter. Am 06.11.2018 habe das Bundesverkehrsministerium diesbezüglich eine Prioritätenveränderung vorgenommen. Zum einen sei der Ausbau der Strecke Viersen-Dülken-Kaldenkirchen ein vordringlichen Bedarf und für die Rheydter Kurve hingegen kein Bedarf gesehen werde. Der Kurzbericht über die Bewertungsergebnisse für die Schienenprojekte des Potenziellen Bedarfs aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 werde dem Protokoll **als Anlage** beigefügt.

KA/20181107/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft für den Berichtszeitraum September/Oktober 2018 zur Kenntnis.

4.1. Tischvorlage: Ergänzungsantrag der SPD Kreistagsfraktion vom 05.11.2018 zum TOP 4

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erläuterte den Antrag.

Der Antrag solle in die Fraktionen zur weiteren Verwendung gegeben und beispielsweise für Beratungen in der ZRR hinzugezogen werden. Er wies darauf hin, dass ein Ausstiegsdatum nicht notwendig sei, wenn eine Revisionsklausel und ein Monitoring vorhanden seien. Das von Hydroleiter vorgelegte Gutachten von Herrn Prof. Stern zeige deutlich, dass Versorgungssicherheit wichtig sei, jedoch auch bezahlbar sein müsse. Er regte an, dass das Gutachten von den Kommissionsmitgliedern gelesen werden sollte.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass neben der Bezahlbarkeit der Energieversorgung auch die Unabhängigkeit vom Ausland wichtig sei.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer führte aus, dass in der Verwaltungsvorlage zum Kreisausschuss ein Paradigmenwechsel zu erkennen sei, da der Strukturwandel thematisiert worden sei. Grundsätzlich müsse geklärt werden welche Rolle der Kreisausschuss und der Kreistag in Bezug auf den Strukturwandel spiele. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Vorschläge zur Gründung einer Strukturkommission und eines Wirtschaftsausschusses abgelehnt worden seien. Der Kreisausschuss sei lediglich ein Berichtsausschuss. Der Kreis müsse selbst Entscheidungen treffen und dazu reiche nicht eine Auflistung von Projekten und Ideen. Die angehängten Stellungnahmen zu Gutachten würden nur einen Bruchteil der Gutachten abbilden. Er fordere eine Diskussion zu diesen Themen und eine Entwicklung von durchdachten Strategien notwendig sei. Die Strategie müsse die verschiedenen Entscheidungsebenen von Bund, Land und Kreis berücksichtigen, sowie transparente Kriterien und Anforderungen definieren. Als Perspektive fehle eine Zielsetzung. Der Kreis müsse mit den Kommunen und der Region eine gemeinsame Strategie entwickeln. Im Rheinischen Revier gebe es sehr unterschiedliche Ausgangssituationen. Deswegen sei es falsch, das Schicksal der Region mit der Braunkohle gleichzusetzen. RWE trage eine große Verantwortung daran die

Sozialverträglichkeit herzustellen. Die geplante Auflösung von Innogy werde 5.000 Arbeitsplätze und im Kernbereich der Braunkohle 9.000 Arbeitsplätze kosten. In den Leitlinien des Kreises könnte das Zusammenwirken der Region, die Digitalisierung zum Erleichtern des Wandels oder die Schaffung einer zukunftsfähigen Infrastruktur manifestiert werden. Die Vorschläge des Kreisausschusses müssten in ein Konzept eingebracht werden. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen schlage vor, in den Fraktionen Ideen zu sammeln, die Vorlage der Verwaltung zu ergänzen und im Kreisausschuss einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass ein Zusammenschluss in der Region bereits durch die ZRR vorhanden sei. Er verdeutlichte, dass niemand den Abbau von Arbeitsplätzen durch den Braunkohleausstieg bestritten habe. Deswegen habe sich der Kreistag bereits sehr früh damit beschäftigt, unter anderem mit einer Sondersitzung im Jahr 1996. Der Strukturwandel sei seit Jahren ständiger Begleiter in der Region. In der Vergangenheit habe es bereits Veränderungen in der Kraftwerkeffizienz durch die BOA Kraftwerke gegeben, sowie im Hinblick auf die Abschaltung von Atomkraftwerken. Priorität habe derzeit die Verhinderung eines Strukturbruchs. Es dürften nicht einfach die Braunkohlekraftwerke abgeschaltet und erst danach geschaut werden wie eine Stromversorgung dauerhaft gesichert werden könne.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, dass die BOA-Kraftwerke lediglich eine Effizienzoptimierung der Braunkohle gewesen seien. Weder ein Strukturbruch, noch zersplitterte Zuständigkeiten seien gewollt. Deswegen müsse ein Planungsinstrument für die Region geschaffen werden, an dem sich der Rhein-Kreis Neuss auch beteiligen solle, damit der langsame Ausstieg bis 2045 strukturiert geplant werden könne. Der Kreis habe nie in den Sitzungen Projekte geplant, was passieren soll, wenn die Kohle geht.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte, dass die langjährige Politik der CDU und FDP stets innovativ und zukunftsorientiert im Kreis geführt worden sei. Das Thema Strukturwandel sei bereits seit vielen Jahren Tagesgeschäft in der Politik. Dies müsse nicht zwingend in Verbindung mit dem Braunkohleausstieg verbunden werden. Er sehe derzeit keine Lösung für den bevorstehenden Strukturwandel, um die Versorgung dauerhaft sicherzustellen. Es sei schwer den Bürgern eine Perspektive aufzuzeigen und ihnen die Angst zu nehmen, wenn das Land und der Bund offensichtlich die vergangenen Jahre nicht effektiv nach einer Lösung gesucht haben. Er halte blinden Aktionismus an dieser Stelle für zwecklos, so lange vom Bund und Land keine Verbindlichkeiten zugesichert würden. Ein Ideenpool für Lösungsansätze des Kreises halte er jedoch für sinnvoll. Für viele Entscheidungen sei der Kreis nicht zuständig. Zudem würden die Themen in den Fachausschüssen besprochen und diskutiert, so dass die Notwendigkeit für einen eigenen Wirtschaftsausschuss nicht vorhanden sei.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel meinte, dass für einen Strukturwandel mit System ein verbindlicher Zeitrahmen unabdingbar sei. Er kritisierte die Aussagen von Herrn Pofalla, dass die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung bis Dezember egal wie eine Entscheidung zum Ausstieg getroffen haben müsse. Zudem hätte die Bundesnetzagentur die Versorgungssicherheit garantiert. Da die Bundesnetzagentur beim Thema Konverter nicht in der Lage sei Entscheidungen zu treffen, könne er sich kaum vorstellen, dass die Versorgungssicherheit garantiert werden könne.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler erläuterte, dass sie eine andere Vorstellung von dem Begriff zukunftsorientiert habe. Es sei gefährlich auf den Bund und das Land zu warten, wenn bereits jetzt feststehe in welche Richtung die Region steuern will. Die

Region könne bereits jetzt Entscheidungen treffen, welche Technologien in Zukunft hier eingesetzt werden sollen und wie die Region in einigen Jahren strukturiert sein soll. Beispielsweise könne ein Umstieg auf Wasserstoff getestet werden. Der Kreis müsse einen Plan mit konkreten Zielen aufstellen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel berichtete, dass der Kreistag sich bereits sehr früh mit dem Thema Strukturwandel und Leitbildentwicklung befasst habe. Der Rhein-Kreis Neuss sei eine Industrieregion und wolle dies auch bleiben. Etwa 300 Unternehmen im Kreis seien von Energiepreisen abhängig. Natürlich sei Wasserstoff eine alternative Energie, die jedoch immense Kosten mit sich bringen würde, sodass die Industrie in der vorhandenen Form nicht aufrechterhalten werden könnte. Unter dem Aspekt spiele die Entwicklung und Forschung in diesem Bereich eine große Rolle. Es müssten Speichermöglichkeiten entwickelt werden, die sicher zur Verfügung stehen würden und wettbewerbsfähig seien. Bevor ein Ausstiegsdatum festgelegt werden könne, müssten zuerst Ergebnisse vorliegen. Nordrhein-Westfalen habe im Gegensatz zu den anderen Bundesländern bereits einen Endtermin, da die rot-grüne Landesregierung in ihrer Leitentscheidung damals beschlossen habe, keine neuen Tagebaue entstehen zu lassen. Die zeitliche Begrenzung ergebe sich lediglich aus Hochrechnungen wie lange in den vorhandenen Tagebauen noch Braunkohle abbaubar sei. Ebenfalls sei noch nicht festgelegt, ob die Tagebauegebiete rekultiviert oder als Seen aufgeschüttet würden. In der Kohlekommission werde mitentschieden, ob der Rhein-Kreis Neuss seine Stellung als wirtschaftsstärkster Standort halten könne.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink merkte an, dass die Diskussion aufgrund ihrer hohen Priorität genau richtig im Kreisausschuss geführt werde. Der Rhein-Kreis Neuss sei einer der wirtschaftsstärksten Standorte und wolle dieses Niveau in Zukunft auch halten. Wenn Herr Pofalla bereits mitteile, dass der Braunkohleausstieg Milliarden kosten werde, dann könne bereits jetzt daraus geschlossen werden, dass der Kreis dies mit seinem Haushalt kaum alleine bewältigen werde. Sobald die Rahmenbedingungen vorgegeben würden, könne der Kreis mit den entsprechenden Umsetzungen beginnen. Damit der Kreis gute Entscheidungen für die Bürger vor Ort treffen kann, muss die Bundes- und Landesebene zunächst helfen.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen führte aus, dass zwar in Nordrhein-Westfalen bereits Leitentscheidungen getroffen seien, jedoch bei weitem nicht alle Fragen geklärt seien. Dies solle für große Verunsicherung in der Bevölkerung sein. In den Debatten des Kreistages sei oft klargestellt worden, dass neben den ökologischen Aspekten auch die Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze als Ziele gesehen werden. Die ständige Diskussion um ein Ausstiegsdatum verunsichere zudem die Beschäftigten, die mittelbar oder unmittelbar von der Braunkohle abhängig sind. Die Diskussion zeige, dass der Kreisausschuss das richtige Gremium dafür sei.

Es komme nicht auf die Quantität der Gremien an, sondern auf die Qualität der Diskussionen in den vorhandenen Gremien.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer wies darauf hin, dass im Kreisausschuss lediglich ein Bericht zur Braunkohle vorgelegt werde und zu diesem Tagesordnungspunkt keine Beschlüsse gefasst würden. Weiterhin habe die Kreistagsfraktion Bündnis 90/die Grünen die geführte Diskussion angeregt. Der Klimawandel sei bereits da und könne nur noch gestaltet werden. Der Strukturwandel könne nicht abgewartet werden, sondern es müsse frühzeitig auf allen Ebenen tätig werden. Der Kreis solle weiterhin seine Wirtschaftsstärke beibehalten, allerdings mit einer weiterentwickelten und nachhaltigen Industrie. Dazu müssten zunächst Sozialverträglichkeit und Arbeitsmarktsicherung als Ziele festgeschrieben werden.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn machte deutlich, dass 10.000 Arbeitsplätze in der Braunkohle, 95.000 Arbeitsplätze im Rhein-Kreis Neuss und insgesamt 350.000 Arbeitsplätze in ganz Nordrhein-Westfalen, die von günstiger Energie abhängig seien. Den Einsatz von Wasserstoff- und Brennstoffzellen hätten einige Unternehmen bereits wieder abgesetzt, da es nicht rentabel sei. Die Firma Bosch habe sich entschieden ein Batteriewerk nicht zu bauen, da die Politik nichts garantieren könne. Zur derzeitigen Jahreszeit seien alle gänzlich abhängig von der Braunkohleenergie. Erst müssten die Windstromleitungen gebaut werden, um zu sehen, ob dies eine wirkliche Alternative darstellen würde. Zuerst müsse getestet werden, was realisiert werden könne, bevor weiter geplant werden kann. Der Abbau der BOA-Kraftwerke koste Volksvermögen, da es ein Vermögen kosten werde diese abzureißen. Die Industrie entscheidet nicht nach den Besprechungen im Kreisausschuss oder –tag, sondern nach den Rahmenbedingungen, die geschaffen werden müssen. Ansonsten würden die Unternehmen an die Standorte ziehen, wo günstigere Energiebedingungen vorhanden sind. Der Kreis müsse Entscheidungen fällen, wie den Bau von Leitungen vor Ort, damit diese Rahmenbedingungen geschaffen werden können und sich nicht mit Themen befassen, die nicht auf Kreisebene entschieden werden könnten.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler stellte klar, dass nicht gemeint gewesen sei, dass alle Unternehmen auf Wasserstoff umstellen, sondern getestet werden müsse, welche Technologien könnten vielversprechend sein. Es würde in Zukunft viele Veränderungen in der Produktion durch die Entwicklung der Technologien geben. Daher müsse frühzeitig getestet werden, welche Technologien in der Region genutzt werden können und umsetzbar sein könnten. Im Kreisausschuss sei aus Zeitgründen für solche Diskussionen nicht genügend Raum.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass der Kreisausschuss sich in jeder Sitzung mit dem Thema Braunkohle und Strukturwandel beschäftige. Zukünftig müsse überlegt werden, in welchem Format konkrete Maßnahmen in die politische Diskussion eingebunden werden könnten.

5. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum: September/Oktober 2018
Vorlage: 61/2938/XVI/2018

KA/20181107/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit für den Berichtszeitraum September/Oktober 2018 zur Kenntnis.

6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Oktober/November 2018)

Vorlage: ZS5/2943/XVI/2018

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke hob hervor, dass seit den Aufzeichnungen der Arbeitslosenstatistik im Jahr 1984 keine geringere Arbeitslosenquote zu verzeichnen sei. Im Hinblick auf die zukünftigen Haushalte sei es wichtig die Quote weiterhin zu verringern und einen Strukturbruch in der Region zu verhindern.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte, dass diese Quote aus einem langjährigen Prozess resultiere, der zeige wie viel Vertrauen der Wirtschaft in diese Region gelegt werde. Er fragte, ob sich die kontinuierlich niedrige Arbeitslosenquote auf die Arbeitsagentur auswirke.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies die Antwort zu dem Tagesordnungspunkt Entwicklung der Kosten der Unterkunft.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch fragte, ob bei der Expo Real Investoren Interesse gezeigt hätten sich im Rhein-Kreis Neuss zu engagieren.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass der Rhein-Kreis Neuss als Kreis keine konkrete Ansiedlung besprochen habe. Allerdings hätten die Städte und Gemeinden sich zu unterschiedlichen Bereichen vorgestellt. Die Stadt Neuss habe zum Thema Wohnungsbau vorgetragen. Grundsätzlich könne davon ausgegangen werden, dass sich in diesem Bereich Gespräche mit Investoren entwickeln.

KA/20181107/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand: Oktober/November 2018) zur Kenntnis.

7. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/2935/XVI/2018

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass voraussichtlich die veranschlagten Kosten für die Kosten der Unterkunft für das Jahr 2018 nicht gänzlich verausgabt würden. Er wies darauf hin, dass im Falle einer Kostenerstattung über die Umsatzsteuer an die Städte und Gemeinden unterschiedlich davon profitiert werde.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch fragte, wann die Zahlen aus dem neuen Gutachten für den grundsicherungsrelevanten Mietspiegel vorliegen würden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass zunächst Beschlüsse in den zuständigen Gremien gefasst werden müssten und das Gutachten in diesem Jahr beauftragt werden solle. Die neuen Werte im März 2019 in Kraft treten würden.

KA/20181107/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

8. Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: 50/2947/XVI/2018

KA/20181107/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

9. Anträge

Protokoll:

Anträge wurden nicht gestellt.

10. Mitteilungen

10.1. Anfrage der SPD Kreistagsfraktion vom 17.09.2018 zum Thema "S-Bahnlinie S11" - Antwortschreiben der Deutschen Bahn Vorlage: 61/2940/XVI/2018

Protokoll:

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer erklärte, dass das Antwortschreiben der Deutschen Bahn nicht zufriedenstellend und in sich widersprüchlich sei.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer berichtete, dass sich seiner Erfahrung nach die Situation an der S-Bahnlinie S11 besonders zu den Stoßzeiten morgens und nachmittags erheblich gebessert habe.

11. Anfragen

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel fragte, warum der Presse zu entnehmen sei, dass der Geschäftsführer der Metropolregion Rheinland aufhören wolle und wie es danach in dem Gremium weitergehe. Zudem bat er um Angaben, wie viel Geld bisher für die Metropolregion ausgegeben worden sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass der Geschäftsführer Herr Dr. Ernst Grigat sein Arbeitsverhältnis beende. Zudem liege die Jahresrechnung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.


Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat


Janine Conrads
Schriftführung